

# JAHRESBERICHT 2002/2003

## Editorial

*Liebe Genossinnen und Genossen*

*Den Rückblick auf das Jahr 2002 schreibe ich Ende Februar 2003, einen Monat vor den Kantonsratswahlen, deren Ergebnis bekannt sein wird, wenn Ihr diesen Bericht lest.*

*Der Rückblick auf unsere Stadt- und Gemeinderatswahlen fällt wegen der guten Ergebnisse ziemlich kurz aus. Elmar Ledergerber musste für die Nachfolge von Stadtpräsident Sepp Estermann in den unvermeidlichen zweiten Wahlgang; aber seine Nichtwahl stand nie zur Diskussion, sein Vorsprung in allen Meinungsumfragen und dann auch im ersten Wahlgang war immer sehr klar, die 74 Prozent im zweiten Wahlgang brachten auch noch den arithmetischen Glanz. Ebenso sicher erreichte Martin Waser im ersten Wahlgang den Sitz im Stadtrat und ebenso leicht verlief bisher seine Amtstätigkeit: Er genoss entschieden das Glück des Tüchtigen.*

*Das Ergebnis der Gemeinderatswahlen war ebenso befriedigend, auch wenn die Anzahl der Gemeinderatssitze bei 49 blieb. Nach 12 Jahren als Regierungspartei nochmals prozentual leicht an Wählerstimmen zuzulegen ist wirklich nicht ganz ohne. Grösster Makel: Es gelingt uns immer noch nicht, unsere Sympathien auszuschöpfen. Zwischen 40 und 50 Prozent der StadtzürcherInnen zeigen jeweils die Absicht, SP zu wählen. 35 Prozent setzen es dann in die Praxis um, der Rest stimmt eben nur theoretisch ab.*

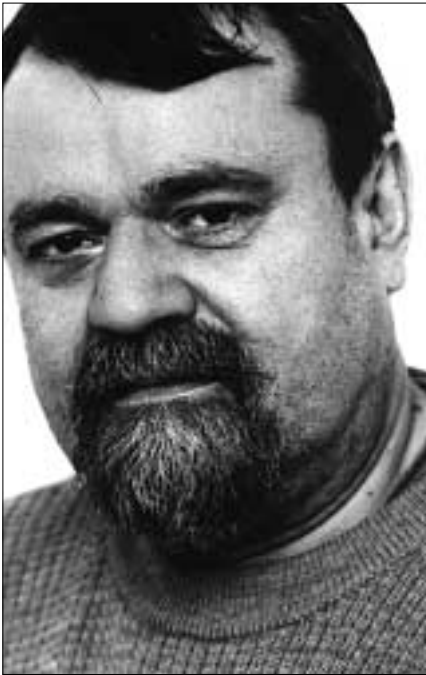
*Uns betrifft dies deutlich mehr als andere Parteien. Die Wahlen befriedigten auch im Verhältnis zu unserem Hauptgegner SVP. In den Stadtratswahlen erlitten ihre KandidatInnen Schiffbruch bis zur Lächerlichkeit, im Gemeinderat verlangsamte sich ihr Vormarsch deutlich. Die SP ist nun in allen Stadtkreisen die wählerstärkste Partei. In Zürich-Nord und in Altstetten jedoch benötigen wir einige Anstrengungen, damit das so bleibt und vor allem damit wir auch bei den Abstimmungen in diesen Quartieren Mehrheiten hinter uns bringen oder zumindest den Schaden in Grenzen halten können.*

*Unsichere, aber optimistische Zukunft Mag sein, dass ich ein bisschen eine rosarote Brille trage. Trotzdem: Das Jahr 2002 war in der Stadt für die SP ein leichtes Jahr. Der neu zusammengesetzte Stadtrat funktioniert, die Neun mögen sich ganz offensichtlich. Mitunter geschieht der eine oder andere Lapsus, aber der Optimismus des Stadtpräsidenten wirkt ansteckend und anpackend. Im Gemeinderat mit den knappen Mehrheiten läuft es etwas harziger, aber es ging immer wieder. Mit wechselnden Mehrheiten gelingt es der SP-Fraktion fast immer, die Vorlagen des Stadtrates oder auch mal eigene Vorstösse so durchzubringen, dass man sie noch kennt. An einen nun möglichen autofreien Münsterhof glauben selbst langjährige Gemeinderatsmitglieder nicht mehr.*

*Die SVP verlor zudem deutlich an Einfluss. Ihre Drohungen mit Referenden oder gar deren Umsetzung lassen nun auch die anderen Parteien ziemlich kalt. Man weiss, dass in Volksabstimmungen eigentlich nur noch Integrationsvorlagen gefährdet sind, wenn die SVP gegen den Rest antritt. Dass die Integrationskurse für Jugendliche auf kantonaler Ebene ganz knapp gerettet wurden, ist das Verdienst der von der SP der Stadt Zürich initiierten Kampagne; eine, die – ganz unbescheiden gesagt – einen Werbepreis verdient hätte.*

*Die sachlichere Zusammenarbeit unter den städtischen Parteien (dazu trägt die CVP einiges bei) zeigte sich auch bei der gemeinsamen Lancierung der Polizeiinitiative «Gemeinsam für einen sicheren Kanton Zürich». Die Zustände an der Langstrasse machten klar, dass Urban Kapo nicht funktioniert, dass die politische Verantwortung für die Polizei und damit eben auch die dazu nötigen polizeilichen Mittel nicht teilbar sind, wenn man dem Drogenhandel und der Sexszene widerstehen will. Gemeinsam lancierten die Parteien mit dem Quartier- und dem Gewerbeverein des Kreises 4 auch eine Initiative zur Schaffung einer Stiftung für das Langstrassenquartier. Mit 20 Millionen Franken sollen damit Gewerbe und BewohnerInnen unterstützt werden, die im Quartier bleiben oder neu zuziehen wollen. Mindestens so wichtig wie genügend Polizei sind*

Bitte umblättern



Koni Loepfe

*eine Einwohnerschaft und ein Gewerbe, die hier bleiben wollen.*

*Die Zukunft sieht nicht nur wegen der Rezession leider nicht mehr so gut aus. Stadt- und Gemeinderat von Zürich sind zwar rezessionserprobt und auch fähig, eine gute Mischung zwischen ankurbelnden Investitionen und notwendigem Sparen zu finden. Es existieren – hier zwischen den links-grünen und den bürgerlichen Parteien – durchaus Differenzen über das richtige Mass. Aber ich bin überzeugt, dass man sich mehrheitlich bei meist sinnvollen Kompromissen findet. Sorgen bereiten die oberen politischen Ebenen: Im Kantonsrat ist die Spar- samt Staatsabbauhysterie ausgebrochen, die sich vehement auf die National- und Ständeräte überträgt. Es werden frisch-fröhlich Steuergeschenke in Milliardenhöhe verteilt, obwohl die Defizite sich in Milliarden von Franken bewegen. Regierungsrat und Bundesrat zeigen zwar mit ihren Vorlagen deutlich mehr Vernunft. Sie setzen sich aber beide auf das hohe Ross der Rechtshaberei und kümmern sich kaum um Mehrheiten in ihren Parlamenten. Der Flughafen samt Swiss gehören auch zu den sogenannten Klumpenrisiken.*

*Trotzdem: Der Asylaufruf des Stadtrates zeigt, dass sich mit Optimismus einiges bewegen lässt. Bewegen wir uns an der Spitze mit!*

*Koni Loepfe, Präsident*

## Jahresberichte aus den Parteigremien

### Geschäftsleitung

Nach den erfolgreichen Wahlen konnte sich die Geschäftsleitung (GL) wieder vermehrt der operativen Führung der Partei annehmen. An der Delegiertenversammlung wurden neu Eva Gerber, Marie-Therese Meier, Beatrice Reimann und Roberto Rodriguez in die GL gewählt. Mitte des Jahres führte die neu konstituierte GL eine Retraite durch, um die politischen Stossrichtungen und die Organisation der GL neu zu definieren.

Die Retraite verlieh den Aktivitäten der Geschäftsleitung neue Schubkraft. Die folgenden Themenschwerpunkte wurden als prioritär eingestuft: Mitgliederpflege (nicht aktive Mitglieder vermehrt ansprechen, Kultur innerhalb der SP fördern, mehr Vereinsleben), «Fähnchen zeigen» (vermehrt brennende und aktuelle Themen aufnehmen, sich einmischen, führende Rolle übernehmen), Aufbau von potentiellen KandidatInnen (fördern, Pool bilden, Gleichstellung berücksichtigen), Kommunikation innerhalb der Partei ausweiten (mehr Informationsveranstaltungen, Nutzen des Internets), aktive Mitgliedersuche. Hierzu wurden Arbeitsgruppen gebildet. Für weitere Sachthemen wie Kulturpolitik, Integration, Sicherheit/Polizei, Wohnen, Verkehr, Fluglärm wurden ebenfalls Verantwortliche bestimmt.

Ende Oktober lagen in Form von Arbeitspapieren Umsetzungsvorschläge und definierte Projektziele vor. Die markantesten Ergebnisse dieser Arbeit sind die Lancierung der Initiative «Gemeinsam für einen sicheren Kanton Zürich» im Februar und der Initiative «Förderung der Wohnlichkeit und des Gewerbes im Kreis 4 (Langstrasse)» im März 2003. Die Idee, vermehrt aktuelle und brennende Themen aufzugreifen und zu thematisieren, wurde ebenfalls erfolgreich umgesetzt und zwar mit den gut besuchten und medienwirksamen Veranstaltungen zu den Themen «Jugenddienst in der Stadt Zürich» und «Jugendradio». Erfolgreich war ebenfalls der an der Retraite beschlossene Einsatz für das Dada-Haus an der Spiegelgasse.

Die lancierte Petition brachte innerhalb zweier Wochen über 3000 Unterschriften und führte zur Bildung des «Komitees pro Dada-Haus» und zu einem Einlenken des Stadtrats.

Das Jahr 2002 war ein aufregendes Jahr für den rotgrünen Stadtrat und somit auch für die Geschäftsleitung. Insbesondere die Turbulenzen im und um das Polizeidepartement, das Schauspielhausdebakel, die ständigen Querelen um Urban Kapo mit dem Kanton, die Zuspitzung der Zustände an der Langstrasse, die Wohnungsnot und die immer wieder von der SVP hochgeschaukelte Ausländer- und Integrationsproblematik. Die Geschäftsleitung war gefordert, diese Ereignisse zu analysieren und einen möglichen Handlungsbedarf zu definieren.

Nachdem die Wahlen 2002 anfangs Mai mit dem zweiten Wahlgang ums Stadtpräsidium erfolgreich abgeschlossen werden konnten, stand der für die Stadtpartei wichtige Abstimmungstermin vom 2. Juni bevor. Es ging um die Kredite für das Schauspielhaus, einen Kredit für die Limmatquaiumfahrung und ein Nein zur Volksinitiative der SVP, welche scheinheilig eine «vernünftige» Entwicklungshilfe forderte. Die Geschäftsleitung entschied sich für den Vollverteiler einer Abstimmungszeitung mit dem Schwerpunktthema «Ja zum Schauspielhauskredit» und für eine Unterstützung des breit abgestützten Komitees. Das Abstimmungswochenende war das erfolgreichste des Jahres: Alle SP-Parolen wurden von den StimmbürgerInnen bestätigt.

Bei der vorangegangenen April-Abstimmung war dies nicht ganz gelungen: Die Vorlage «Beteiligung an der neuen schweizerischen Airline» wurde knapp abgelehnt, dies wohl hauptsächlich, weil der alte und der neue Verwaltungsrat immer wieder für negative Schlagzeilen sorgten und die Airline als Fass ohne Boden betrachtet wurde.

In der September-Abstimmung erlitt der Bund der Steuerzahler wieder einmal eine gehörige Abfuhr mit seiner Volksinitiative «5 statt 9 Stadträte». Die

Vorlage «Definitive Einführung der Schulsozialarbeit» stand für uns im Vordergrund. Den Schwerpunkt der Abstimmungszeitung bildeten die Vorlagen zu den Goldreserven. Auch dieses Abstimmungswochenende war für die SP rundum erfolgreich, einzig das Nein zur Solidaritätsstiftung enttäuschte.

Die Geschäftsleitung beschloss für die November-Abstimmung einen grossen Beitrag an die Kampagne für die Beibehaltung der Integrationskurse wie auch eine personelle Mitarbeit des Sekretariats zu leisten. Dank diesem Effort und der kreativen, gut gemachten Inseratekampagne konnte diese Abstimmung, wenn auch nur hauchdünn, gewonnen werden. Ebenso wurde ein Beitrag gesprochen für je einen ganzseitigen Aufruf in 20 Minuten, im P.S.

Die Geschäftsleitung bereitet die Geschäfte vor und führt alle politischen Aktionen nach Massgabe der Parteibeschlüsse durch. Sie besteht aus höchstens 11 stimmberechtigten Mitgliedern, wobei das Sekretariat mit einer Stimme vertreten ist. Die SP-Mitglieder des Stadtrates nehmen ohne Stimmrecht Einsitz. Die Geschäftsleitung tritt zusammen, so oft es die Geschäfte erfordern (in der Regel wöchentlich).

und im Tages-Anzeiger gegen die SVP-Asylinitiative. Auch hier lässt sich rückblickend sagen, dass es sich gelohnt hat, bis zum Schluss zu kämpfen. Wie viele Stimmen wir mit dieser gelungenen Aktion gewonnen haben, lässt sich leider nicht konkret quantifizieren. Ein grosser Wermutstropfen war an diesem Wochenende jedoch die Absage der StimmbürgerInnen an Buschors Volksschulreform, bzw. das neue Volksschulgesetz. Dieses Nein kam für viele nicht ganz überraschend, hatten doch die Gegner schon früh alle fundamentalistischen Kreise mobilisiert. Die Kantonalpartei war leider nicht in der Lage, eine Pro-Kampagne zu lancieren. Somit wurde der üblen populistischen Argumentation der Gegnerschaft nichts entgegengesetzt. Nun ist der Stadtrat

gefordert, die bereits verankerten und bewährten Projekte weiterzuführen. Die dazu notwendigen Massnahmen wurden bereits eingeleitet.

Das Dauerthema 1. Mai beschäftigte die Geschäftsleitung immer wieder. Um am 1. Mai die Situation rund ums Kasernenareal zu beruhigen, bildeten Mitglieder der Geschäftsleitung im Sommer eine Arbeitsgruppe mit VertreterInnen aus Jugendarbeitsorganisationen, GemeinderätInnen vom Kreis 4 und unserer Vertreterin im 1.-Mai-Komitee. Das Projekt sah vor, nach der Kundgebung am 1. Mai verschiedene Jugendbands auf drei Bühnen in den Strassen gegenüber dem Kasernenareal auftreten zu lassen. Mit «Musik statt Krawall» wollten wir den Jugendlichen eigene Aktivitäten bieten, die sie beim traditionellen Fest auf dem Kasernenareal schon lange vermissen. Durch die Ereignisse rund ums WEF in Davos ist das 1.-Mai-Komitee Ende Februar 2003 zur Einsicht gekommen, der drohenden Gefahr von grösseren Ausschreitungen mit einem mutigen Entscheid zu begegnen: Das Fest auf dem Kasernenareal wird auf das Wochenende verlegt. Damit ist der Weg frei für einen ungestörten und in erster Linie politischen Feiertag. Die SP der Stadt Zürich begrüsst diesen Entscheid und überlegt sich nun, das Jugendprojekt zu einem späteren Zeitpunkt dennoch durchzuführen.

Die Geschäftsleitung wird sich weiterhin intensiv den eingangs genannten Schwerpunktthemen widmen, um die Umsetzung der Projektziele noch dieses Jahr zu erreichen.

---

Der Geschäftsleitung gehörten im Berichtsjahr 02/03 an: Koni Loepfe (Präsident), Emy Lalli (Vizepräsidentin), Eva Gerber, Marie-Therese Meier, Peter Macher, André Odermatt, Beatrice Reimann, Roberto Rodriguez, Andrea Ruckstuhl und Renato Valoti, sowie von Amtes wegen Elmar Ledergerber (Stadtpräsident), Esther Maurer (Stadträtin), Bobby Neukomm (Stadtrat), Martin Waser (Stadtrat), Mechthild Malash und Susanne Twerenbold (Parteisekretärinnen).

---

## Parteivorstand

Im Laufe des Berichtsjahres trat der städtische Parteivorstand (PV) sieben Mal zusammen. Das Thema «Wahlen 2002» konnte auch nach dem 3. März noch nicht ganz von der Traktandenliste gestrichen werden: An der ersten Sitzung im April genehmigte der Parteivorstand nämlich die Erhebung eines einmaligen Beitrages von Fr. 40 pro Mitglied, damit das Defizit, welches der Stadtpartei durch die Wahlen entstanden war (geringe Spendeneinnahmen und zweiter Wahlgang Stadtpräsidium), so schnell wie möglich abgebaut werden konnte. Dieser einmalige Beitrag pro Mitglied würde es der Stadtpartei erlauben, mit gesunden Finanzen in das neue Politjahr zu starten.

Im Juli fasste der Parteivorstand die Parolen zur Volksabstimmung vom 22. September: Die BdS-Initiative, die Exekutive von 9 auf 5 StadträtInnen zu reduzieren, wurde vom PV – wie auch später vom Stimmvolk – klar verworfen. Um so deutlicher fiel dafür die Ja-Parole zur definitiven Einführung der Schulsozialarbeit aus. Der Parteivorstand stimmte ferner der Werbestrategie, maximal vier Vollverteiler der SP-Abstimmungszeitung in den Stadtkreisen 9, 11 und 12 durch die Stadtpartei zu finanzieren, für ein weiteres Jahr zu.

Im August debattierten die Mitglieder des Parteivorstandes und weitere interessierte SP-Mitglieder die Wahlplattform und das Migrationskonzept der SP Schweiz, welche am SPS-Parteitag im Oktober verabschiedet werden sollten. Der Versammlung verabschiedete nach intensiver Diskussion rund 50 Änderungsanträge z. Hd. des Parteitages.

Im Oktober liessen sich die PV-Mitglieder über die geplante Neueinteilung der Stadtzürcher Kantonsratswahlkreise informieren. Eine Neueinteilung drängt sich – wie bei den Gemeinderatswahlkreisen – auf, weil der Proporz in einigen kleineren Wahlkreisen nicht spielt; dies wurde auch durch den Bundesgerichtsentscheid bestätigt, wonach pro Wahlkreis

Bitte umblättern

eine Mindestanzahl von 10 Sitzen gewährleistet sein sollte. Auch der PV – wie schon die DV zur Neueinteilung der Gemeinderatswahlkreise in der Stadt Zürich – befürwortete grundsätzlich die Vergrößerung der Wahlkreise. Damit jedoch auch bei den Kantonsratswahlen die Quartierbezogenheit so weit wie möglich gewährleistet ist, sprach sich der PV für eine Einteilung der Stadt Zürich in vier Kantonsratswahlkreise aus. Damit würde auch die Kompetenz betreffend Listengestaltung und Wahlkampf weiterhin bei den Sektionen und nicht zentralistisch bei der Stadtpartei liegen. Ebenfalls befürwortete der PV die Abschaffung der Listenverbindungen. Diese Position der Stadtpartei sollte nun in die Verhandlungen der kantonsrätlichen Kommission einfließen.

Zudem verabschiedete der PV den Schlussbericht der Arbeitsgruppe Migrationspolitik. Dieser forderte u. a. Massnahmen zur Migrations- und Integrationspolitik auf parteiinterner Ebene. Ebenfalls gab der Parteivorstand sein Einverständnis, dass die E-Mail-Adressen der SP-Mitglieder vom Sekretariat für die Information und den Einbezug der Mitglieder aktiv genutzt werden können.

Der Parteivorstand ist zuständig für Geschäfte von allgemeinem Interesse, insbesondere für die Festlegung von Abstimmungsempfehlungen, für die Beschlussfassung über Referendum und Initiative, für Nominierungen für verschiedene Ämter auf Bezirksebene und für die Genehmigung des Budgets.

An der November-Sitzung präsentierte Michael Hermann eine Studie zum WählerInnenverhalten in der Stadt Zürich. Ebenfalls wurde die Parole zur städtischen Abstimmungsvorlage «Leistungsauftrag an das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich zum Erbringen von Energiedienstleistungen» vom 9. Februar 2003 gefasst. Mit der Genehmigung eines Rahmenkredits würde das Kerngeschäft des EWZ sinnvoll ergänzt. Dies umfasst Energie-Contracting

und Facility Management. Die Ja-Parole zu dieser Vorlage war unbestritten. Als weitere Traktanden nahm der PV den jährlichen PAB-Bericht zur Kenntnis, beschloss, den Mitgliederbeitrag 2003 nicht zu erhöhen, und verabschiedete das Budget für das Jahr 2003.

Haupttraktandum der Sitzung Ende Februar war die Nomination der städtischen KandidatInnen für die Nationalratswahlen: Es wurden Eirka Ziltener, Martin Naef und Jris Bischof in dieser Reihenfolge aufgestellt und z.Hd. des kantonalen Parteitages vom Mai portiert. Für das von der GL vorgeschlagene Konzept zur Förderung von potentiellen KandidatInnen für SP-Ämter wurde grünes Licht gegeben. Zu den städtischen Vorlagen vom 18. Mai wurde einstimmig die Ja-Parole gefasst: Opernhausparking/autofreier Münsterhof und Sanierung Hallenstadion. Ebenfalls wurden die Delegierten über den aktuellen Stand der Wahlkreiseinteilung (Kantons- und Gemeinderat) informiert, wobei hier die Grundhaltung der Quartierbezogenheit noch einmal bestätigt wurde.

---

Der Parteivorstand setzte sich im Berichtsjahr 02/03 folgendermassen zusammen: Alle Mitglieder der Geschäftsleitung, Andrea Panitz (SP1), Heinz Looser/Bruno Lafranchi (SP2), Hans-Urs von Matt/Christina Isele (SP3), Alice Scheidegger (SP4), Gaudenz Kind (SP5), Mischä Kissling (SP6), Andreas Schäfli (SP7), Katrin Meier (SP8), Peter A. Schmid (SP9), Andreas Ammann (SP10), Kaspar Luchsinger (SP11), Claudia Suter (SP12), Mario Florin (Bildungsausschuss), Maria Roselli, Salvatore di Concilio (SP Migration), Manolo Huber, Florian Utz (Juso), Judith Bucher, Josef Köpfli, Corine Mauch (Gemeinderatsfraktion, mit zwei Stimmen), Pierre Martin (Justizkommission), Monika Spring, Dorothea Frei (beide GBZ), Jenny Heeb, Agnes Guler (beide SeniorInnen), SP Kanton Zürich, Marcel Lautner, Emil Schärer, Janos Blum, Thomas Spörri, Raphael Golta (frei gewählte Mitglieder). Die Sitze des Frauentams und der Schulpolitischen Kommission blieben vakant.

---

## Delegiertenversammlung

Im Berichtsjahr wurde die städtische Delegiertenversammlung (DV) dreimal einberufen.

Die erste ausserordentliche DV vom 18. März stand u.a. noch im Zeichen der Stadtratswahlen vom 3. März. Es ging dabei um den auf anfangs Mai angesetzten zweiten Wahlgang für den neunten Stadtratssitz. Bei dieser Diskussion war die Ausgangslage innerhalb der SP umstritten. Die Grünen hatten neu Katharina Prelicz ins Rennen geschickt, was natürlich die Frage nach einer Unterstützung ihrer Kandidatur durch die SP aufwarf. Oder sollte die SP nun – und nach dem erfolgreichen Wahlkampf erst recht – mit einer eigenen fünften Kandidatur antreten? Ebenfalls zu diskutieren gab eine allfällige Unterstützung eines bürgerlichen Kandidaten.

Nachdem sich die Delegierten an einem Hearing ein Bild über die möglichen KandidatInnen machen konnten (Prelicz, Kappeler und Türler), standen am 18. März diverse Anträge zur Debatte: Die Geschäftsleitung stellte den Antrag auf Stimmfreigabe. Koni Loepfe begründete den Antrag damit, dass die SP am 3. März die formulierten Wahlziele erreicht habe. Das erfreuliche Resultat der Stadtrats- und Gemeinderatswahlen rechtfertige keine Neubeurteilung der Zusammensetzung des Stadtrates. Insbesondere erachte die GL eine weitere Verschiebung der Machtverhältnisse im Stadtrat bei den vorhandenen Mehrheitsverhältnissen im Gemeinderat als für die politische Arbeit wenig förderlich, sondern befürchte viel mehr eine Blockierung zwischen Stadt- und Gemeinderat. Ebenfalls zur Abstimmung gelangten die Anträge auf Unterstützung von Katharina Prelicz (Grüne) und Thomas Kappeler (CVP). Nach einer ausführlichen Diskussion beschlossen die Delegierten mit klarer Mehrheit, dem Antrag der GL auf Stimmfreigabe zu folgen.

Als weiteres wichtiges Traktandum wurde unsere Volksinitiative «Hauptstrassen zum Leben» behandelt. Claudia

Nielsen begründete den Antrag auf Rückzug der Initiative: Die SP habe im Rahmen der Initiative konkrete Wege aufgezeigt, wie an den Hauptstrassen die Lebensqualität erhöht werden könne. Inhaltlich sei die Initiative nach wie vor absolut richtig: Das Konzept des Mischverkehrs und der Beruhigung der Hauptstrassenräume habe sich schweizweit vielerorts durchgesetzt. Das Risiko, eine Volksabstimmung zu verlieren und damit den bereits eingeschlagenen Weg zu gefährden, sei zu gross. Die DV beschloss mit 4 Gegenstimmen, die Initiative zurückzuziehen.

Die Parolenfassung zur Volksabstimmung vom 2. Juni war unbestritten: Die DV beschloss deutlich die Ja-Parole zu den beiden Schauspielhaus-Vorlagen (einmaliger Beitrag und Erhöhung des jährlichen Beitrages), zur Umwandlung der städtischen Pensionskasse in eine öffentlich-rechtliche Vorsorgestiftung und zum Objektkredit zur Sperrung des Limmatquais. Zur unsinnigen SVP-Initiative «für eine vernünftige Entwicklungshilfe» und zur Initiative der Grünen «mehr Demokratie für weniger Geld» (Einheitswahlkreis in der Stadt Zürich) wurden die Nein-Parolen gefasst. Zur Frage der Wahlkreiseinteilung wurde zusätzlich eine Resolution verabschiedet: Die SP der Stadt Zürich spricht sich klar gegen einen einzigen Wahlkreis aus, da bei diesem die Quartierbezogenheit völlig verloren ginge. Unbestritten ist für die SP jedoch, dass in einzelnen Wahlkreisen der Proporz heute nicht spielt. Kleine Parteien haben dort praktisch keine Chance, einen Sitz zu gewinnen. Die Resolution forderte den Stadtrat auf, eine Neueinteilung der Wahlkreise zu prüfen und einen neuen Vorschlag zu unterbreiten. Die zweite von der DV verabschiedete Resolution betraf das Dada-Haus im Niederdorf: Die Forderung, das ehemalige Café Voltaire als Kulturdenkmal des Dadaismus zu erhalten, um dort einen Begegnungs- und Schaffensraum zu realisieren, wurde einstimmig verabschiedet.

Die Delegiertenversammlung vom 23. Mai 2002 stand neben den ordent-

lichen Geschäften ganz im Zeichen der zu Ende gegangenen Legislaturperiode 1998 – 2002: So wurde Sepp Estermann nach 12 Jahren als Stadtpräsident von Zürich von der Partei offiziell und mit grossen Dank verabschiedet. Ebenfalls verabschiedet wurde Stadtrat Willy Küng, der als CSP-Politiker der SP so nahe stand, dass er ständiger Gast in der Gemeinderatsfraktion und sozusagen einer von «uns» war. Als Fraktionspräsident – ebenfalls mit herzlichem Dank – verabschiedet wurde Werner Sieg, der die SP-Gemeinderatsfraktion während der letzten 11 Jahre kompetent und engagiert geführt hatte. Dies war aber nur ein halber Abschied, denn Werner bleibt der SP als Gemeinderat und Kommissionspräsident des Präsidial-/Schul- und Sportdepartements weiterhin erhalten.

In seinem Jahresrückblick machte Koni Loepfe – neben dem für die SP erfolgreichen Wahlkampf – auf diverse für die Partei künftig wichtige Themen

Die Delegiertenversammlung (DV) ist – neben der Urabstimmung – das oberste Organ der SP der Stadt Zürich. Sie setzt sich basisdemokratisch aus den Mitgliedern der Geschäftsleitung, des Parteivorstandes, einer 5-er Abordnung der Gemeinderatsfraktion, je einer 3-er-Delegation der statutarischen Kommissionen sowie den Delegierten aus den Sektionen (je nach Mitgliederzahl zwischen 9 und 16 pro Sektion) zusammen.

aufmerksam: In der Migrations- und Integrationspolitik kämen auf die Partei Herausforderungen zu, die es anzugehen gelte. Parteiintern standen für den Präsidenten insbesondere die notwendige Förderung von KandidatInnen sowohl für politische wie auch für parteiinterne Ämter und die Umsetzung von Gender-Mainstream im Vordergrund. Anlässlich seines 10jährigen Jubiläums als Stadtparteipräsident überreichte die Geschäftsleitung Koni Loepfe einen



Agnes Guler und Arthur Müller (SP10)

Gutschein für eine Reise nach seinem geliebten New York.

Aus der Geschäftsleitung verabschiedet wurden Janos Blum, Fiammetta Jahreiss, Kurt Altenburger und Martin Waser. Neu gewählt wurden Eva Gerber (SP2), Marie-Therese Meier (SP7), Beatrice Reimann (SP4) und Roberto Rodriguez (SP3). Im Parteisekretariat bestätigt wurden Mechthild Malash und Susanne Twerenbold.

Zum Schluss wurde eine Resolution zur Polizei verabschiedet. Diese ging auf die jüngsten Ereignisse innerhalb der Stadtpolizei wie auch auf den Kompetenzkonflikt zwischen Stadt- und Kantonspolizei ein. Die Resolution forderte u.a. eine unabhängige Untersuchungsinstanz (bald danach mit der Einsetzung von Marco Mona realisiert), einen Stopp der polizeilichen Gegenklagen und des Einsatzes von Tränengas in Wasserwerfern, die Möglichkeit, AusländerInnen mit Niederlassung ins Polizeikorps aufzunehmen und die Kenntlichmachung der PolizistInnen mit Namensschildern. Zum Thema Urban Kapo wurde noch einmal bekräftigt, dass sich die SP der Stadt Zürich für eine starke Stadtpolizei einsetzt, welche bei typisch städtischen Delikten voll handlungsfähig ist und bleibt.

Bei der dritten, a.o. DV im November ging es um die allfällige Lancierung von zwei Volksinitiativen, einer städtischen zur Aufwertung der Lebensqualität im Kreis 4, rund um die Langstrasse, und einer kantonalzürcherischen zum Thema Polizeiorganisation.

Wie Bruno Crestani, SP 4, ausführte, war und ist die teils sehr belastende Situation für die Bevölkerung rund um die Langstrasse nach wie vor nicht allein durch verstärkte Polizeipräsenz lösbar. Es müssten dringend auch andere Massnahmen ergriffen werden, damit der Kreis 4 nachhaltig aufgewertet werden kann. Die Volksinitiative fordert die Errichtung einer Stiftung «zur Förderung der Wohnlichkeit und des Gewerbes im Kreis 4». Dafür soll ein Kredit von 20 Mio. Fr. bewilligt werden. Mit diesem Geld sollen Private und das Gewerbe in den strazierten Strassenzügen unterstützt werden. Ziel sei es, die Initiative zusammen mit Quartier- und Gewerbeverein und weiteren Parteien aus dem Kreis 4 zu lancieren.

Martin Naef und Emy Lalli erläuterten die Polizei-Initiative «Gemeinsam für einen sicheren Kanton Zürich». Da auf Ende Januar 2003 das neue Polizeiorganisationsgesetz von Regierungsrätin Fuhrer erwartet werde und nicht davon auszugehen sei, dass dieses inhaltlich eine für die Stadt akzeptable Lösung betreffend Zusammenarbeit zwischen Stadt- und Kantonspolizei bringen werde, sei es dringend, dass wir uns nun per Volksinitiative in die Verhandlungen einschalteten. Das von der Initiative geforderte kantonale Polizeigesetz soll auf dem von der Interessengemeinschaft Polizeivorstände erarbeiteten 4-Stufen-Modell basieren, das jeder Gemeinde bei der Gewährleistung der Sicherheit so viel Autonomie wie möglich bietet, jedoch die Einhaltung eines definierten Sicherheitsstandards vorschreibt. Auch bei dieser Initiative werde eine überparteiliche Zusammenarbeit angestrebt.

Für beide Initiativen gab die DV grünes Licht und der Partei den Auftrag, Verhandlungen mit möglichen Partnern weiterzuführen.

## Bericht aus dem Stadtrat

von Esther Maurer

Beim Rückblick auf das Jahr 2002 stellt sich unweigerlich die Frage, welche zeitlichen Eckdaten man wählen soll: Ist es der eigentliche Jahresbeginn, als wir alle noch mitten im Wahlkampf steckten und sowohl bisherige wie neue SP-Stadratsmitglieder immer wieder die engagierte und oft auch sehr kreative Unterstützung der einzelnen SP-Sektionen erfahren durften? Oder ist es die Neukonstituierung, die zeigte, dass wir SP-VertreterInnen aufgrund der Ämterverteilung auch weiterhin ganz massgeblich die Lebensqualität in unserer Stadt beeinflussen und prägen können? Sind es die erreichten Ziele der letzten Legislaturperiode, seien das nun der Bereich der Verkehrsberuhigung mit Tempo 30, der intensivierte Wohnungsbau, gute Beispiele von Quartiersanierungsprojekten oder die verstärkte Bürgernähe über die Vereinfachung von verschiedenen Bewilligungsverfahren? Oder sind es die neu festgelegten Legislatorschwerpunkte mit den Themen «Wohnen für alle», «Lebensqualität in allen Quartieren», «die Entwicklung von Zürich-Nord», «urbane Mobilität», aber auch «gesunde Finanzen» und die Planung und Projektierung einer ganzen Anzahl grösserer Infrastrukturbauten? Auf jeden Fall zeigen gerade diese neuen Legislatorschwerpunkte deutlich, dass sich die SP-VertreterInnen auch nach den Wahlen noch an die Versprechen erinnern, die sie ihren Wählerinnen und Wählern im Wahlkampf abgegeben haben.

Es ist fast unmöglich, die Wichtigkeit der einzelnen Themenbereiche einzuschätzen und voneinander abzugrenzen. Es ist vielmehr das ganze Themenpaket, das die Arbeit des Stadtrats ausmacht. Und zu diesem Themenpaket gehören auch einzelne Ereignisse oder Ereignisketten, die uns im vergangenen Jahr besonders beschäftigt haben, die sozusagen aus dem Meer des Alltags herausragen – und die hie und da auch zu intensiven Diskussionen mit der SP-Fraktion des Gemeinderats, der DV oder mit einzelnen Sektionen geführt haben.

### Luftverkehr

So war 2002 von einer ausgeprägten Luftverkehrsdiskussion geprägt. Die Diskussion um die An- und Abflugsvarianten wurde durch den Staatsvertrag, den weltweiten Einbruch in den Flugbewegungen, den Niedergang der Swissair mit der Gründung der SWISS und durch die Situation von Unique zunehmend unübersichtlicher. Die Stadt ist aus zwei wesentlichen Gründen an der Entwicklung des Flugverkehrs interessiert: Der Flughafen ist sowohl als Drehscheibe wie auch bezüglich der Anzahl Arbeitsplätze eine für die Wirtschaft und für die Bevölkerung zentrale Verkehrsinfrastruktur, die erhalten bleiben muss. Dafür engagiert sich der Stadtrat im Verwaltungsrat von Unique. Auf der anderen Seite lehnt der Stadtrat eine Zunahme der An- und Abflüge über dem Stadtgebiet aus Emissions- und Sicherheitsgründen ab und unterstützt aktiv die Betriebsvariante Grün.

### Schauspielhaus und Stadtpolizei

Das Schauspielhaus und die Stadtpolizei hielten über längere Zeit hinweg die Medien und das Parlament auf Trab. Ging es beim einen nach der erfolgreichen Abstimmung über die Erhöhung des Kredits erst um die vorzeitige Auflösung des Vertrags mit Christoph Marthaler aufgrund der sehr düsteren finanziellen Aussichten und der sinkenden Zuschauerzahlen (von 180 000 auf weniger als 100 000) und um eine nachträgliche Rücknahme der Kündigung, so war es bei der Polizei eine Häufung ausserordentlicher Ereignisse und tragischer Unfälle, die im Zentrum des öffentlichen Interessens stand. Die Geschäftsprüfungskommission des Gemeinderates ist mit einer Durchleuchtung der polizeilichen Vorfälle aus politischer Sicht betraut worden. Der Bericht steht noch aus. Die juristische Abklärung einiger Vorfälle ist noch bei der Bezirksanwaltschaft pendent, während in einigen anderen Fällen Freisprüche zugunsten der Polizei erfolgt sind. Um zu vermeiden, dass die Bevölkerung durch solche Vorfälle verunsichert wird und das



Esther Maurer

Vertrauen in die Polizei verliert, aber auch im Sinne einer Qualitätsverbesserung bei der täglichen Arbeit der Stadtpolizei wurde ein vielseitiger Massnahmenkatalog erstellt und umgesetzt. Nebst Anpassungen im Bereich der Kommunikationsabläufe, der polizeilichen Schulung bei der Eigensicherung etc. wurde unter anderem eine unabhängige Beschwerdestelle in Polizeiangelegenheiten geschaffen und es wurde durch ein Rechtsgutachten überprüft, wie gross der Handlungsspielraum für staatliche Stellen ist, wenn durch eine einseitige Medienberichterstattung der Ruf der öffentlichen Verwaltung auf dem Spiel steht. Und so wie die Bevölkerung trotz der Kostenüberschreitungen beim Schiffsbau in der Abstimmung dem Schauspielhaus das Vertrauen ausgesprochen hat, ergab eine Bevölkerungsumfrage im Spätherbst, dass – trotz der intensiven Medienkampagne im Sommer – 80% der Zürcher Bevölkerung Vertrauen in die Stadtpolizei hat.

#### Drogenpolitik

Die Drogenpolitik in Zürich gab auch 2002 viel zu reden: Während gewisse Parteien oder Individuen die 4-Säulen-Politik trotz gesamtschweizerischer Volksabstimmung nicht akzeptieren wollen, erachtete es die Drogendelegation des Stadtrats als angebracht, die städti-

sche Drogenpolitik auf ihre Aktualität hin zu überprüfen. Die Versuche, die mit Raucherräumen und mit Pillentesting gestartet worden waren, konnten positiv gewertet werden. Auf Bundesebene initiierten wir die Planung einer Kokainkonferenz, damit auch in diesem Bereich die bestmöglichen Vorgehensweisen und Massnahmen umgesetzt werden können. Ziel ist dabei immer eine menschliche, gleichzeitig aber auch sozialverträgliche Drogenpolitik. Dass sich hier Entwicklungen abzeichnen, die den städtischen Anstrengungen entgegenlaufen, ist nicht erst seit dem Jahr 2002 eine Tatsache, aber dies hat sich im letzten Jahr sicher verschärft: «Drogenaktivitäten» und Sex-Milieu überschneiden sich nicht nur räumlich, sondern sie vernetzen sich in vielschichtiger Weise (Prostituierte als Drogenkurier, Zuhälter als Dealer etc.). Dies führte im Herbst 2002 zu einer Verschlechterung der Situation entlang der Langstrasse. Ein umfassendes Massnahmenpaket sowie die gute und unkomplizierte Zusammenarbeit und Vernetzung aller involvierten städtischen Stellen zeitigten Erfolg. Bei all dem hat sich aber mit aller Deutlichkeit gezeigt, dass die Situation im Langstrassenquartier mittel- und langfristig nur über eine neue, verbesserte Nutzung der Wohn- und Geschäftsräume erreicht werden kann. Dies wird weiterhin im Rahmen des Projekts Langstrasse Plus mit grossem Einsatz vorangetrieben. Dazu gehört auch, dass die Lärmimmissionen durch Gastgewerbebetriebe in den fast ausschliesslich von Wohnhäusern gesäumten Seitenstrassen der Langstrasse reduziert werden können.

#### Integration

Das Thema Integration hat in den vergangenen Jahren ein ganz besonderes Gewicht erhalten. Wenn der Stadtrat einerseits grosse Anstrengungen unternimmt, um das Zusammenleben in dieser Stadt, im Privatbereich, in der Schule und bei der Arbeit diesbezüglich positiv zu beeinflussen, so hat die Abstimmung über die Asylinitiative gezeigt, dass es einen grundsätzlich neuen Denkansatz braucht,

um nicht in Zeiten der wirtschaftlich instabilen Lage unsere Mitbevölkerung ausländischer Herkunft zu den stigmatisierten Sündenböcken all jener Phänomene zu machen, gegenüber denen viele von uns sich ohnmächtig fühlen.

#### Stadien

Für das Stadion Letzigrund, ein Stadion für Leichtathletik und 1.-Liga-Fussball mit angegliederten Trainingsplätzen, wurde im 2002 der Architekturwettbewerb vorbereitet und ausgeschrieben. Mit der Verabschiedung der Sonderbauvorschriften für das Stadion Zürich (Hardturm) im Rahmen der BZO durch den Gemeinderat ist das Stadionprojekt in eine weitere Konkretisierungsphase getreten. Ziel ist ein Stadion für die Spiele der beiden Spitzenclubs GC und FCZ, das den internationalen Ansprüchen der UEFA entspricht und ein wichtiges Element der Beteiligung der Schweiz an der EM 2008 darstellt. Der Stadtrat ist sich bewusst, dass bei all diesen Planungsschritten die Ängste und Einwände der betroffenen Quartierbevölkerung ernst genommen werden müssen und dass sowohl bei der Verkehrserschliessung wie auch bezüglich Nutzungen nach quartierverträglichen Lösungen gesucht werden muss.

#### Toleranz ermöglichen

Die Aufgaben des Stadtrates präsentierten sich auch 2002 vielseitig und spannend. Eigentlich spielt dabei immer die Suche nach einem Gleichgewicht die Hauptrolle: Zürich ist eine lebhafteste, pulsierende Stadt – doch gleichzeitig braucht es auch hier Regulierungen, die den «Festhüttentrend» stoppen. Zürich ist ein attraktiver Wirtschaftsstandort – doch gleichzeitig birgt die grösste Stadt der Schweiz Gefahren der Anonymisierung, Vereinsamung, Verarmung. Wir planen Stadien und suchen nach Möglichkeiten, die Verkehrsbelastung zu reduzieren. Wir kennen Glanz und wir kennen Elend. Und es ist die Aufgabe des Stadtrates, das Zusammenleben und auch die dazu nötige Portion Toleranz in diesem gewaltigen Spannungsfeld zu ermöglichen.



Judith Bucher

## Gemeinderatsfraktion

von Judith Bucher, Fraktionschefin

### Wahlen

Der SP gelang es im Frühling 2002 den Wahlerfolg von 1998 zu wiederholen. Sie ist damit weiterhin mit 49 Mitgliedern im Gemeinderat vertreten. Obschon auch die Grüne Partei Sitze dazugewinnen konnte, verfügen die bürgerlichen Parteien jedoch nach wie vor über eine hauchdünne Mehrheit.

### Fraktionsvorstand und Parteigremien

Nach 11 Jahren intensivster und engagiertester Arbeit trat Werner Sieg auf Ende der letzten Amtsperiode von seinem Amt als Fraktionschef zurück. Ohne zu übertreiben darf gesagt werden, dass er in dieser Funktion die Politik in der Stadt Zürich massgeblich mitgeprägt hat und dafür des grössten Danks unserer Partei sicher sein kann.

Im Berichtsjahr bildeten das Präsidium der Fraktion neu: Judith Bucher (Präsidentin), Corine Mauch und Josef Köppli (Vizepräsidentin/präsident). Weitere Vorstandsmitglieder waren: Susanne Twerenbold (Parteisekretärin), Helmut Britz, Monika Spring-Gross, Rolf Naef, Benjamin Naef, André Odermatt und die Leiterin des Fraktionssekretariats Verena

Röllin. Im Parteivorstand wurde die Fraktion durch ihr Präsidium vertreten (2 Stimmen). Delegierte waren: Helmut Britz, Dominique Feuillet, Joe Manser, Christine Stokar, Min Li Marti.

### Personelles

Die Fraktion setzt sich aus 27 Frauen und 22 Männern zusammen. Nach den Wahlen konnten folgende Mitglieder neu im Rat Einsitz nehmen: Jacqueline Badran (SP 7), Myriam Barzotto (SP 6), Massimo De Salvador (SP 9), Dorothea Frei (SP 7), Franziska Graf Wüthrich (SP 10), Min Li Marti (SP 5), Beatrice Reimann (SP 4), Christine Stokar Gasser (SP 10).

Im laufenden ersten Jahr der Legislatur traten Susanne Erdös-Schärer (SP 6), Anita Zimmerling Enkelmann (SP 4) und Stefan Hofstetter (SP 11) zurück und wurden durch Marlene Butz (SP 6), Myrtha Meuli (SP 4) und Hans Jörg Käppeli (SP 11) ersetzt. Den Zurückgetretenen sei an dieser Stelle herzlich für ihre Arbeit zu Gunsten der SP und der SP-Fraktion gedankt.

Mit Jacqueline Magnin als neuer Ratssekretärin und Verena Röllin als erfahrener Ratssekretärin konnte die SP ein professionelles Team im Büro des Gemeinderats stellen, welcher last but not least von Romana Leuzinger (SP 3) mit Bravour präsiert wurde.

### Politische Arbeit

Die Arbeit im Gemeinderat war im ersten Jahr der neuen Legislatur vom Neustart geprägt. Während der neue Stadtrat in einer ersten Phase noch keine grossen Geschäfte in den Gemeinderat bringen konnte, dominierten die Diskussionen um verschiedene Vorfälle bei Polizeieinsätzen und die personelle Situation am Schauspielhaus rund um den künstlerischen Direktor Marthaler.

Mit den ersten Weisungen, welche zur Behandlung standen, wurde sodann deutlich, dass in Zukunft mit unterschiedlichen Koalitionen Mehrheiten zu suchen sind. Dies erfordert von der SP-Fraktion viel Einsatz, Engagement, Geduld und

aufgrund der knappen Stimmenverhältnisse im Rat auch viel Disziplin, fallen doch viele Entscheide mit einer einzigen Stimme, die über Sieg oder Niederlage entscheidet. Negativ fielen im Gemeinderat – neben der traditionsgemässen SVP – Teile der geschrumpften FDP-Fraktion auf, die nach Orientierung suchend zunehmend nach rechts schielen. Eine Verhärtung in der Kulturpolitik ist leider eines der Resultate.

### Höhepunkte

Der SP gelang es als einer der Höhepunkte dieses Jahres im Gemeinderat, eine bürgerliche «pièce de résistance» der Verkehrspolitik aufzubrechen: Der Münsterhof soll nun endlich von den Parkplätzen befreit werden. Kombiniert mit dem autofreien Limmatquai (das weiterhin von nunmehr nur noch einer einzigen Person – gegen zwei überaus deutliche Volksabstimmungen – mit einem Rekurs belastet ist) haben wir für die Zürcher Innenstadt viel erreicht.

Mit knappster Mehrheit konnte ein weiterer Ausbau bei Krippen und Horten gefordert werden, der wie das neu eingereichte wohnbaupolitische Paket der SP-Fraktion noch auf die Umsetzung wartet.

Die diesjährigen Budgetberatungen können schliesslich als Erfolg des Stadtrates einerseits und der SP-Fraktion andererseits gewertet werden. Es gelang, Investitionen in unsere Stadt, in unsere Infrastruktur, in unsere Schulen und ausserfamiliären Betreuungsstrukturen und ins soziale Netz zu sichern. In einer Zeit, wo andere massiv Stellen abbauen, wird der Stellenetat der Stadt Zürich ausgebaut, und auch die Löhne werden massvoll nach oben angepasst. Finanzpolitische Kahlschläge und voreilige Steuersenkungen konnten vermieden werden. Angesichts der desolaten und verantwortungslosen Budgetdebatte im Kantonsrat scheint es im Gemeindeparlament doch noch genügend vernünftige Politikerinnen und Politiker zu geben, denen das Wohl der Stadt Zürich mehr als kurzfristige Profilierungsneurosen am Herzen liegt.



Der Vorstand der SP Zürich 8 bei der "hitzigen" Arbeit.

## Sektionsbericht aus dem Kreis 9

von Christian Koller

Am 22.12.1932 schlossen sich die Sektionen Altstetten und Albisrieden zur SP9 zusammen, da mit der zweiten Eingemeindung die beiden Vororte als Kreis 9 Teil von «Gross-Zürich» wurden. Man konnte damals bereits auf eine lange Partei- und Kampftradition zurückblicken. Schon in den 1890er Jahren waren in Altstetten ein Arbeiter- und ein Grütlverein entstanden.

Die Initialzündung erfolgte 1906. Im März 1906 wurde der Arbeiterverein Albisrieden gegründet, im Juli die Sozialdemokratische Mitgliedschaft Altstetten. Vor allem aber wurde 1906 Albisrieden landesweit bekannt: Ein Streik der 76 Metallarbeiter im Automobilwerk Arbenz wurde mit deren fristloser Entlassung beantwortet. Es kam zu Angriffen auf Streikposten und zu Schlägereien zwischen Arbeitern und Bauern. Schliesslich bot der Regierungsrat Militär auf und unterdrückte den Streik. Die «Albisrieder Revolution» – wie der Streik zum Teil genannt wurde – endete aber nur vordergründig mit einer Niederlage. Das Gefühl der Ohnmacht, das viele erfasst hatte, entpuppte sich als Glücksfall. An zahlreichen Orten schossen neue Parteisektionen wie Pilze aus dem Boden. In Altstetten gelang es der SP 1907 sogar, die Mehrheit im Gemeinderat zu erobern. Albisrieden wurde 1925 rot.

Die erste Grossaktion der neuen SP9 waren die Gemeindewahlen 1933. Sie

fanden in einer düsteren Zeit statt. Infolge der Weltwirtschaftskrise stieg die Arbeitslosenzahl massiv an.

Die Fröntler, die Ableger der Nazis, wurden immer aktiver und agitierten gegen die Demokratie und den Sozialismus, gegen die Juden und alles Fremde. Auch in Altstetten hielten sie Versammlungen ab, allerdings mit mässigem Erfolg. Ende Mai 1933 vermerkte das SP-Protokoll, eine solche Versammlung habe «zu einem völligen Fiasko» geführt, «so dass diese neuen Messiasse froh waren als sie wieder nach Zürich abdampfen konnten». Verschiedene frontistische Gewerbler wurden von der SP9 boykottiert. Die Bürgerlichen und die Fröntler schlossen sich zu einem Wahlbündnis zusammen; immer wieder kam es im Wahlkampf zu Handgreiflichkeiten. Auch im Kreis 9 herrschte eine kämpferische Stimmung; im Protokoll war die Rede vom «eiserne[n] Wille[n] [...], gegen das gesamte Bürgertum [...] den reaktionären Ansturm auf das rote Zürich abzuschlagen».

Der «reaktionäre Ansturm» wurde am 24.9.1933 tatsächlich abgewehrt. Im Stadtrat behauptete die SP ihre fünf Sitze, im Gemeinderat errang sie eine Mehrheit von 63 der 125 Mandate. Die alles entscheidende Differenz von einem Sitz kam aus dem Kreis 9; der damals mit nur fünf Mandaten kleinste Stadtkreis wählte mit einem Stimmenanteil von 54,4% drei Genossen. Die SP9 hatte an der erfolgreichen Verteidigung des Roten Zürich also wesentlichen Anteil.

## Berichte aus Kommissionen, Ausschüssen und Arbeitsgruppen

### Justizkommission

von Pierre Martin, Präsident

Die Justizkommission hielt im Jahr 2002/2003 lediglich eine Sitzung ab. Dabei ging es um die Kandidatur für das durch den Rücktritt von Gregor Benisowitsch frei werdende Amt eines Bezirksanwaltes bzw. einer Bezirksanwältin auf der Bezirksanwaltschaft Zürich. Aus zwei Bewerbungen konnten wir der Geschäftsleitung Marc Jean-Richard-dit-Bressel zur Wahl vorschlagen, der bereits seit mehreren Jahren als ausserordentlicher Bezirksanwalt tätig war. Geschäftsleitung und IPK sind dieser Empfehlung gefolgt.

### AG Altersveranstaltungen

von Jenny Heeb

Im Sommer 2002 fanden Veranstaltungen zu den Abstimmungsvorlagen «Gold- und Solidaritätsstiftung» in verschiedenen Altersheimen statt. Referentinnen waren Regine Aepli, Vreni Hubmann und Vreni Müller-Hemmi. Ende Oktober fand erstmals eine Veranstaltung im Lokal der Alterswohnungen Felsenrain mit Martin Waser zum Thema «Verkehr in Zürich-Nord» statt, die dank dem Referenten, der Moderatorin Silvia Seiz und dem herz-

Bitte umblättern



Die SP 11 und Sonia Stahl in Aktion.

lichen Empfang des Hauswirts zu einer der besten Veranstaltungen des Herbstes zählte. Im Altersheim Langgrüt referierte Robert Neukomm über «Wohnen im Alter», mit 80 BesucherInnen. Elmar Ledergeber sprach in den Altersheimen Oberstrass und Wildbach von «guten und schlechten Zeiten». Das Thema und die launige Präsentation des Stadtpräsidenten fanden grossen Anklang und es kamen an diese Anlässe. Im Dezember folgte dann noch eine Veranstaltung im Zentrum Klus zum Thema «Sicherheit im Alter» mit Esther Maurer, die dieses schon so oft vorgetragene Thema immer wieder mit neuer Begeisterung vermittelt.

### Neubelebung der SP SeniorInnengruppe der Stadt Zürich

von Jenny Heeb,  
Koprapäsidentin SP SeniorInnen

Im Sommer haben wir uns entschieden, die SeniorInnengruppe wieder zu neuem Leben zu erwecken. Wir erachten es als wichtig, dass unsere Seniorinnen und Senioren die Möglichkeit haben zusammenzukommen, den Kontakt zu pflegen und sich über politische Probleme auseinander zu setzen. Wir organisieren diese Zusammenkünfte im Saal des Restaurants Cooperativo. Als erste Rednerin konnten wir Esther Maurer gewinnen, die im November zum Thema Urban Kapo gesprochen hat. Es kamen ungefähr 20 Genossinnen und Genossen, darunter auch einige ehemals sehr aktive. Zur Lesung mit Markus Notter, anfangs Dezember, fanden sich ca. 20 GenossIn-

nen ein und freuten sich über die gute Rezitation von Brecht- und Kästner-Gedichten.

Erfreulicherweise haben sich auf unseren Aufruf im PS zur Mitarbeit im Seniorengremium einige noch jüngere SeniorInnen gemeldet. So konnten wir für das erste Semester 2003 dank dem Mitdenken mehrerer Leute ein attraktives Programm zusammenstellen. An unserer ersten Veranstaltung am 10. Februar begrüsst wir Regine Aeppli, die über das Schweizerische Arbeiterhilfswerk berichtete.

### Schulpolitische Kommission

von Andrea Ruckstuhl, Präsident

Im Jahr 2002 ist die SPK im Rahmen von zwei Veranstaltungen in Erscheinung getreten. Die erste von Mitte April beschäftigte sich mit der Vernehmlassungsantwort auf die 12 Bildungsthesen der SPS und die zweite mit dem weiteren Vorgehen nach der gescheiterten Abstimmung zum neuen Volksschulgesetz. Beide Veranstaltungen stiessen auf erfreulich reges Interesse.

Die Bildungskommission der kantonalen SP und die SPK hatten gemeinsam zu einer Diskussion über die Vernehmlassungsantworten auf die 12 SPS-Bildungsthesen eingeladen. Dem Grundtenor der Thesen wurde beigeppflichtet. Im Einzelnen etwa den Forderungen nach grundsätzlich mehr Chancengerechtigkeit auf allen Schulstufen, nach Ausbau von familienunterstützenden Tagesstrukturen, nach Einführung einer Grund- bzw. Basisstufe, nach vermehrter Förderung

der Berufsbildung bzw. verstärkter Kooperation zwischen Gymnasial- und Berufsbildung. Einig war man sich diskussionslos darin, dass es eine markante Erhöhung der Bildungsausgaben auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene brauche.

Umstritten waren die SPS-Thesen in folgenden Punkten: Die Forderung nach weit gehender Teilautonomie der einzelnen Schulhäuser bzw. Schuleinheiten wollten wir – im Gegensatz zu den VerfasserInnen der Thesen – wieder drin haben. Die sogenannte Drei-Sprachen-Forderung, nämlich die Forderung, dass sich alle SchülerInnen nach Abschluss der obligatorischen Volksschule in drei Sprachen ausdrücken können müssten, war vom Ziel her wenig umstritten – auch wenn einige Stimmen zu bedenken gaben, dass angesichts der mangelnden Erstsprachen-Kompetenz, die u.a. die PISA-Studie zu Tage gefördert hatte, das Drei-Sprachen-Ziel übertrieben und unsinnig sei. Mehr aber gab die Frage zu reden, wie ein solches Ziel zu erreichen und vor allem welche der Sprachen – etwa in der Deutschschweiz – als erste Fremdsprache zu unterrichten sei.

Wenn schliesslich trotz mehrheitlich zustimmender Vernehmlassungsantworten keine Begeisterung aufkam, hing das damit zusammen, dass die Thesen in gewissen Bereichen angesichts des sich rasant entwickelnden Umfelds in der Bildungspolitik bereits ein wenig angestaubt bzw. neudeutsch ausgedrückt updatungswürdig erschienen.

An der zweiten Veranstaltung konnte sich das Publikum über das geplante Vorgehen nach dem Nein zum Volks-



Am Quartierfest im Kreis 8.

schulgesetz sowohl auf kantonaler Verwaltungsebene (Martin Wendelspiess) als auch auf städtisch- (Monika Weber) und kanton-politischer (Esther Guyer) Ebene informieren. Es bestand ein über die Parteiengrenzen hinaus gehender Konsens darin, dass alles unternommen werden müsse, um der Volksschule möglichst rasch eine neue, umfassende gesetzliche Grundlage zu geben. Daneben müssten bereits in die Wege geleitete oder umgesetzte Reformen nötigenfalls mit städtischen Mitteln weitergeführt werden.

## AG Migrationspolitik

von Renato Valoti

Die 2001 temporär eingesetzte Arbeitsgruppe konnte ihre Arbeit insoweit abschliessen, als sie in der Lage war, auf der Basis der durchgeführten Pilotprojekte (siehe letztjähriger Jahresbericht) dem Parteivorstand vom Herbst 2002 einige konkrete Massnahmen vorzuschlagen:

### Ebene SP-Stadt:

Die SP Stadt muss Migrationspolitik aktiver betreiben und darf dies nicht ausschliesslich an die SP Migration delegieren. Im Gemeinderat mittels Vorstössen, Diskussion zu den Bürgerrechtsrichtlinien, Multi-Kulti-Polizei, Verkehrs- und Wohnpolitik etc.

In Zusammenarbeit mit dem Stadtrat in Richtung AusländerInnenparlament, Verkehrspolitik, Aufwertung der lärm- und immissionsbelasteten Quartiere, Realisierung Alterskonzept in den Bereichen Migration etc. Vermehrt sollen in

Zusammenarbeit mit der SP Migration interne Mitgliederversammlungen zu politisch brisanten Themen im Bereich der Migrationspolitik durchgeführt werden. Die politische Forderung des Stimm- und Wahlrechts für niedergelassene AusländerInnen ist neu zu lancieren.

### Ebene Sektionen:

In den Sektionen ist die Streit- und Diskussionskultur zu fördern. Dies kann durch eine kontradiktorische Auseinandersetzung mit dem Thema Migrationspolitik erreicht werden, sodass den verschiedenen Meinungen und Positionen Platz gegeben werden kann und eine «echte» Diskussion wieder stattfinden kann.

In jeder Sektion ist eine Person zu bezeichnen, die als Ansprechperson für SP-Mitglieder in Migrationsthemen fungiert. Aufgabe dieser Person ist es, das Thema aufzunehmen, Unterstützung zu bieten und auf politischer Ebene in der Sektion das Thema anzugehen (in Zusammenarbeit mit der Geschäftsleitung). Ganz wichtig ist vor allem die aktive Anwerbung und Förderung von MigrantInnen für die Sektionsmitarbeit und die Platzierung von MigrantInnen auf chancenreichen Listenplätzen.

Der Parteivorstand hat am 24. Oktober 2002 den Schlussbericht der Arbeitsgruppe abgenommen und den vorgeschlagenen Massnahmen zugestimmt. Die Geschäftsleitung hat für die Umsetzung dieser Massnahmen eine neue Arbeitsgruppe eingesetzt (Koni Loepfe, Marie-Therese Meier, Susanne Twerenbold, Renato Valoti). Die Sektionen wurden bereits aufgefordert, Migrationsverantwortliche zu bestimmen, die sich

dem Thema in der Sektion (im Quartier) annehmen. Nebst der gemeinsamen Erarbeitung eines Konzeptes, wie das Thema in den Sektionen angegangen werden kann, plant die AG vermehrt Veranstaltungen zum Thema Migration und Integration zu organisieren.

## Bildungsausschuss

von Mario Florin, Präsident

Der Erfolg unsere Reihe «sogar der Rede wert», des im Jahre 2001 gestarteten neuen Programmangebots in Zusammenarbeit mit dem sogar theater im Kreis 5, ermutigte den Bildungsausschuss, für das neue Jahr eine weitere Reihe anzubieten. Der gute Vorsatz, das Konzept zu verbessern und weiter zu entwickeln, hat uns (Verena Schilling, Rosmarie Sidler, Edith Eggenschwiler, Matyas Gödrös, Mario Florin) so viel Zeit gekostet, dass es uns nicht gelang, die Veranstaltungen wiederum in den Monaten November bis Januar durchzuführen. So fand der erste Talk Ende Januar 2003 statt; von den drei Talks dieses Jahres soll im nächsten Jahresbericht berichtet werden.

Risotto und Rote Geschichten 2003: Ca. 180 Personen hörten am 1. Februar Peter Stamm, Anke Weschenfelder, Jürgmeier, Ruth Schweikert, Hanna Johansen und Christian Uetz zu und erlebten einen schönen Abend. An dieser Stelle danken wir ganz herzlich Martin Bosshard von der Buchhandlung Helvetiaplatz, der die Lesenden eingeladen, und Hans-Peter Oberli, der mit seinem Team einen wiederum sehr schmackhaften Risotto für uns gekocht hat.



Die SP Zürich 10 auf Besuch beim Islamischen Zentrum.

## JUSO Stadt Zürich

von *Ratko Veprek und Andreas Cassee*,  
Co-Präsidenten JUSO

Mit einem fast komplett neuen Vorstand und einem Co-Präsidium startete die JUSO in ein neues Politjahr. Zu Beginn entledigten wir uns diverser Altlasten finanzieller und administrativer Art. Der Versand wurde durch ein monatlich erscheinendes Heft ersetzt. Einen ersten politischen Schwerpunkt bildete die Auseinandersetzung um Gewaltexzesse bei der Polizei, die von der politischen Führung immer wieder weggeredet wurden. Durch Einreichung einer entsprechenden Resolution an der Delegiertenversammlung lancierten wir diese Diskussion auch in der SP. Weiter unterstützten wir das EMG-Referendum aktiv mit Ständen und Aktionen und bekämpften die Asyl-Initiative auf der Strasse.

An der StudentInnenfront setzten wir uns vehement gegen die Erhöhung der Studiengebühren ein. Bezüglich Kulturpolitik unterstützten wir die neue Dadabewegung und kämpften mit ihr für die Erhaltung des Café Voltaire. Doch das Kernthema in diesem Jahr bildete neben der leider langsam leiser werdenden Kampagne für die Regularisierung der Sans-Papiers ganz klar die Globalisierungskritik. So waren wir unter anderem mit einer grossen Delegation am Europäischen Sozialforum präsent und versuchten mit kreativen Strassenaktionen auf soziale Ungerechtigkeiten in der globalisierten Welt hinzuweisen. Kurz vor Weihnachten blockierten wir das Nestlé-Verteilzentrum in Spreitenbach, weil der Schweizer Multi aus dem hungerleiden-

den Äthiopien Geld für eine 25 Jahre zurückliegende Geschichte auspressen wollte. Unser Engagement auf das WEF hin war enorm, bildeten wir mit unserer Arbeit doch einen der Hauptstützpfiler der Mobilisierung. Für die Fahrt zum Treffen der selbsternannten «Global Leaders» in Davos charterten wir einen eigenen Car. Weil wir unsere Grundrechte nicht einfach preisgeben wollten, blockierten wir in Fideris mit Unterstützung der GBI friedlich die Strasse. Dabei wurden wir von der Polizei zuerst mutwillig angefahren und anschliessend mit nicht eingehaltenen Abmachungen hintergangen. Und schliesslich mussten wir auch noch mit ansehen, wie die SP Schweiz die globalisierungskritische Bewegung für ihren Wahlkampf missbrauchte und uns in den Medien diffamierte... Ein trauriges Ende für ein engagiertes Politjahr.

## SP Migration

von *Maria Roselli*, Präsidentin

In meinem letzten Jahresbericht als Präsidentin der SP Migration möchte ich ein Thema herausgreifen, mit welchem wir uns in diesem Jahr schwerpunktmässig befasst haben und welches uns auch in den nächsten Jahren sicher beschäftigen wird: Das Stimm- und Wahlrecht für AusländerInnen.

Die SP Migration hat den Minderheitsantrag der SP und der Grünen zur Verankerung des AusländerInnenstimmrechts in der neuen Verfassung des Kantons Zürich sehr begrüsst. Wir sind der festen Überzeugung, dass die Verfassungsrevision genutzt werden muss, um die Demokratie auch auf jene Bevölkerungsschicht auszuweiten, die bisher aufgrund ihres ausländi-

schen Passes vom demokratischen Prozess ferngehalten wurde.

Rund 21,7 Prozent der kantonalen Bevölkerung kann heute aufgrund ihrer Nationalität bei wichtigen kantonalen und kommunalen Belangen nicht mitentscheiden. Dabei ist besonders stossend, dass ein Grossteil dieser Menschen in der Schweiz geboren und aufgewachsen ist. Das Stimm- und Wahlrecht ist in den Ländern der Europäischen Union schon lange Realität, wenn es auch in den meisten dieser Länder nur UnionsbürgerInnen vorbehalten ist. Auch in der Schweiz wäre das AusländerInnenstimmrecht nichts Neues. Im Kanton Neuenburg existiert es schon seit 1874, im Jura seit 1980 und in der Waadt seit diesem Herbst. Gemäss der 1995 angenommenen Verfassung von Appenzell Ausserrhodens können die Gemeinden den AusländerInnen das Stimm- und Wahlrecht erteilen, sofern diese mindestens seit zehn Jahren in der Schweiz und seit fünf Jahren im Kanton wohnen. Die Appenzeller Gemeinde Wald hat dieses Stimmrecht nun auch bereits eingeführt. Dieselbe Regelung des sogenannten «fakultativen Stimmrechts» wie in Appenzell Ausserrhodens soll nun auch im Kanton Graubünden eingeführt werden.

Die SP Migration ist überzeugt, dass das, was diese Kantone fertigbrachten, auch für den Kanton Zürich möglich ist. Die Bevölkerung des Kantons Zürich scheint uns denn auch keinesfalls konservativer zu sein als jene von Appenzell Ausserrhodens. In diesem Sinne werden wir auch im nächsten Jahr gespannt auf die Arbeit im Verfassungsrat schauen und sind auch zur tatkräftigen Unterstützung bereit.



Die Zahlen: eine ernste Angelegenheit.

## Kommentar zur Jahresrechnung 2002

von Mechthild Malash

### Allgemeine Interpretation

Die Jahresrechnung 2002 weist einen Gewinn von Fr. 414 aus. Ausserdem konnten Rückstellungen für die Wahlen 2006 von Fr. 100'000 und von Fr. 19'000 für politische Aktivitäten der Geschäftsleitung vorgenommen werden. Damit stehen der Stadtpartei insgesamt Fr. 34'000 für Aktivitäten ausserhalb der budgetierten politischen Arbeit zur Verfügung.

Der Überschuss von rund Fr. 20'000 ist vor allem den nicht budgetierten Mehreinnahmen für den PAB von Fr. 30'000 und den Inserate-Rabattvergütungen von Fr. 20'000 zu verdanken. Der Aufwand im Vergleich Budget und Jahresabschluss blieb plus/minus insgesamt im Gleichgewicht. Wir waren ebenfalls in der Lage, das Wahldefizit von Fr. 44'000 aufzufangen. Letzteres resultierte aus dem Aufwand für den zweiten Wahlgang zur Wahl des Stadtpräsidiums.

Zu bemerken ist noch, dass die Lohnkosten weiter gesunken sind und sich nun bei 34 % der Gesamtausgaben bewegen. Die Politkosten liegen konstant bei 51 %.

### Unsere Kampagnen im Jahre 2002

Das Politjahr war für uns in finanzieller Hinsicht nicht speziell aufwändig und dennoch für die Stadtpartei und die gesamte SP sehr erfolgreich. Wir haben vier Abstimmungszeitungen produziert. Diese Investitionen lohnten sich. Für das

politisch wichtigste Abstimmungswochenende vom 24. November 2002 legten wir uns speziell ins Zeug. Neben der Abstimmungszeitung unterstützten wir das Abstimmungskomitee für Integrationskurse finanziell und personell, und wir gewannen – wenn auch hauchdünn. Ebenso haben wir die Asylinitiative im Endspurt noch mit ganzseitigen Inseraten in 20 Minuten und halbseitigen im Tages-Anzeiger zu unseren Gunsten beeinflussen wollen – mit Erfolg. Vielleicht haben diese Aufrufe die so wichtigen 1000 Stimmen gebracht. Es hat uns wieder gezeigt, wie wichtig es ist, auch für die letzte Abstimmung des Jahres noch über genügend finanzielle Reserven zu verfügen.

Hier sei nochmals allen Genossen und Genossinnen gedankt, welche mit ihrem grosszügigen Beitrag, speziell für den PAB, diesen Effort ermöglicht haben.

### Ausblick

Wir haben auch für das Politjahr 2003 ein finanzielles Polster, trotz dem Wahldefizit. Für die Mammut-Abstimmung am 18. Mai werden wir eine achtseitige Wahlzeitung produzieren, und wir beteiligen uns finanziell und personell an der für die SPS so wichtigen Abstimmungskampagne «Gesundheit muss bezahlbar sein». Wir hoffen, dass wir in der Stadt Zürich eine Ja-Mehrheit erreichen. Auf jeden Fall sind wir voll motiviert.

## Mitgliederzahlen 1997 – 2002

Sektion	1997	1998	1999	2000	2001	Delegierte 2003/2004	
						2002 (davon fix: 7 pro Sektion)	
1	92	89	89	94	93	76	9
2	171	170	176	182	168	167	12
3	311	287	281	288	287	284	16
4	176	164	171	167	162	156	12
5	125	137	147	146	148	167	12
6	196	207	212	219	213	228	14
7	172	175	202	204	207	197	13
8	118	124	124	113	109	100	10
9	226	221	214	207	208	202	14
10	246	242	238	250	246	240	15
11	199	207	189	186	171	176	13
12	190	175	171	157	150	148	12
<b>Total</b>	<b>2222</b>	<b>2198</b>	<b>2214</b>	<b>2213</b>	<b>2162</b>	<b>2141</b>	<b>152</b>

Datenbasis: Sektionsmeldungen betr. Mitgliederbeiträge 2002

---

# Jahresrechnung der SP Stadt Zürich

## BILANZ PER 31.12.2002

---

### AKTIVEN

Kasse			1'697.30
Potcheckkonti			398'269.19
Bankkonti			1'324.10
Depositenkonti			125'587.35
Debitoren	Sektionen	2'083.10	
	Fraktion	97.00	
	Verrechnungssteuer	2'777.38	
	diverse Debitoren	20'388.65	25'346.13
Transitorische Aktiven			10'230.10
Wertschriften			1.00
Mobilier			1.00
Total Aktiven			562'456.17

---

### PASSIVEN

Kreditoren	Diverse	4'677.50	
	Sektionen PAB	34'175.45	
	Kantonalpartei	350'375.65	389'228.60
Transitorische Passiven			5'778.75
Rückstellungen	Wahlen	100'000.00	
	Aktionen	34'000.00	
	Personal	10'000.00	
	Rechtshilfefonds	21'462.00	165'462.00
Gewinnvortrag per 31.12.2002			1'986.82
Total Passiven			562'456.17

---

## ERFOLGSRECHNUNG 2002

---

### AUFWAND

Personalaufwand	217'639.20
Administration, Büro	73'335.25
Gremienkosten	18'183.55
Re-Design Homepage	15'837.70
Kampagnen allgemein:	
Inserate, Drucksachen, Postverteiler	36'497.21
Unterstützung Sektionen 9, 11, 12	46'908.00
Kampagne Integrationskurse	29'560.85
Inserate Asylinitiative	10'231.55
Altersveranstaltungen	14'014.35
Beiträge intern/extern	7'827.75
Rückstellungen	119'000.00
Defizit Wahlen 2002	44'270.76
Gewinn	413.75
Total Aufwand	633'719.92

---

### ERTRAG

Mitgliederbeiträge	103'752.00
Parteiausgleichsbeiträge	463'688.77
Spenden allgemein	990.00
Abstimmungsclub	12'635.00
Ausserordentliche Erträge	45'659.10
Zinsen	2'068.55
Übrige Erträge	4'926.50
Total Ertrag	633'719.92

---

## Abstimmungsergebnisse 2002/2003

	SP Parolen	Ergebnis	Ja	Nein
<b>7. April 2002</b>				
Stadt (Stimmbeteiligung 24%)				
Beteiligung an der neuen Schweiz. Airline	Ja	Nein	24'019	25'821
Neuregelung Finanzkompetenzen	Ja	Ja	33'314	13'197
Kompetenzübertragung für den Erlass der Geschäftsordnungen	Ja	Ja	34'704	11'364
Objektkredit «Kits für Kids»	Ja	Ja	31'918	16'665
Objektkredit Schulhaus Allenmoos II	Ja	Ja	38'983	9'790
Objektkredit Erneuerung Limmatkraftwerk	Ja	Ja	41'765	6'684
<b>5. Mai 2002</b>				
Stadt (Stimmbeteiligung 36.2%)	SP Parolen	Ergebnis	Ja	Nein
2. Wahlgang Stadtpräsidium:	E. Ledergerber	E. Ledergerber	44'315	
2. Wahlgang 9. Stadtratssitz	Stimmfreigabe	Andres Türler	25'060	
<b>2. Juni 2002</b>				
Stadt (Stimmbeteiligung 41.4%)	SP Parolen	Ergebnis	Ja	Nein
Schauspielhaus I (Gebäude)	Ja	Ja	45'461	39'501
Schauspielhaus II (Betriebsbeitrag)	Ja	Ja	44'966	39'931
Objektkredit Umfahrung Limmatquai	Ja	Ja	60'387	23'975
VI Grüne «Mehr Demokratie für weniger Geld»	Nein	Nein	24'596	55'480
VI SVP «für eine vernünftige Entwicklungspolitik»	Nein	Nein	21'692	62'142
Umwandlung der Pensionskasse in eine öffentlichrechtliche Vorsorgestiftung	Ja	Ja	62'937	14'881
Bund (Stimmbeteiligung 43.8%)				
Fristenregelung	Ja	Ja	76'261	16'230
Initiative für Mutter und Kind	Nein	Nein	11'790	80'384
<b>22. September 2002</b>				
Stadt (Stimmbeteiligung 47.3%)	SP Parolen	Ergebnis	Ja	Nein
VI SVP «5 statt 9 Stadträte»	Nein	Nein	34'898	61'932
Definitive Einführung der Schulsozialarbeit	Ja	Ja	67'304	28'538
Kanton (Stimmbeteiligung 49.7%)				
Gesetz über die registrierte Partnerschaft	Ja	Ja	68'133	31'005
VI «für eine geringere Besteuerung der SeniorInnen»	Nein	Ja	50'007	48'965
Bund (Stimmbeteiligung 49.7%)				
Elektrizitätsmarktgesetz (EMG)	Nein	Nein	46'449	53'707
Solidaritätsstiftung	Ja	Nein	60'378	40'917
<i>Der Kanton Zürich nimmt die Vorlage mit 50,6% an.</i>				
VI SVP «Goldinitiative»	Nein	Nein	42'004	60'392
<b>24. November 2002</b>				
Kanton (Stimmbeteiligung 50%)	SP Parolen	Ergebnis	Ja	Nein
Volksschulgesetz	Ja	Nein	53'885	38'012
<i>Die Stadt nimmt die Vorlage mit 60.1% an.</i>				
Verfassungsänderung	Ja	Ja	56'103	32'831
Bildungsgesetz	Ja	Ja	62'835	30'314
Integrationskurse	Ja	Ja	58'146	38'674
Fernwärme Oberhauserriet	Ja	Ja	70'631	20'989
Bund (Stimmbeteiligung 52.4%)				
Asyl-Initiative	Nein	Nein	44'558	61'752
Revision Arbeitslosenversicherungsgesetz	Nein	Ja	55'727	47'201
<b>9. Februar 2003</b>				
Stadt (Stimmbeteiligung 31.3%)	SP Parolen	Ergebnis	Ja	Nein
EWZ-Kredit, Energiedienstleistungen	Ja	Ja	49'987	13'996
Kanton (Stimmbeteiligung 32.8%)				
Glattalbahn	Ja	Ja	48'090	18'924
Abschaffung Formularpflicht bei Anfangsmiete	Nein	Ja	31'557	34'537
<i>Die Stadt lehnt die Vorlage mit 52.3% ab.</i>				
Bund (Stimmbeteiligung 32.6%)				
Änderung der Volksrechte	Nein	Ja	46'014	22'604
Anpassung der kant. Beiträge an Spitalbehandlungen	Ja	Ja	57'372	11'714

# TALON FÜR INTERESSIERTE, NEUGIERIGE UND BEITRITTSWILLIGE

Die SP interessiert mich.  
Schicken Sie mir Ihre Unterlagen.

Die SP gefällt mir.  
Ich trete der Partei bei.

Ich habe noch Fragen.  
Rufen Sie mich bitte an.

VORNAME / NAME:

PLZ / ORT:

STRASSE / NR.:

TELEFON:

DATUM / UNTERSCHRIFT:

---

IMPRESSUM: Jahresbericht der Sozialdemokratischen Partei der Stadt Zürich, SP Stadt Zürich, Hallwylstrasse 29, 8004 Zürich, Tel. 01 242 82 66, Fax 01 241 72 42, e-Mail: spstadtzh@spstadtzh.ch, Internet: www.spstadtzh.ch Redaktion: Mechthild Malash, Susanne Twerenbold. Produktion: Thierry Frochoux. Photos: Kurt Klausberger, Dick Vredenbregt, Yves und François Baer, Heidi Egger. Lektorat: Paul Sprecher. April 2003. Nachdruck unter Quellenangabe erwünscht, Einzelexemplare gratis.